

N i e d e r s c h r i f t

der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 07.12.2004

öffentlich

**Ort: Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen
Niemeyerstraße 1/2, Beratungsraum 2. Etage**

Zeit: 16:30 Uhr bis 18.25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.10. und vom 02.11.2004
4. Mitteilungen
 - Aktueller Sachstand zur Umsetzung SGB II
- 4.1. Regelarien für die Weiterführung des "Halle-Pass"
Berichterstatterin Frau Bürgermeisterin Szabados
5. Vorstellen der Arbeit des Fachbereichs Gesundheit und Veterinärwesen
Berichterstatter Herr Amtsarzt Dr. Wilhelms
6. Vorstellen der Sozialberichterstattung
 - Aktueller Stand der Sozialberichterstattung
 - Entwicklungsstand der integrierten Sozial-, Umwelt- und GesundheitsberichterstattungBerichterstatter Sozialplaner Herr Weiske
7. Anfragen von Stadträten

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Begrüßung der Ausschussmitglieder und die Feststellung der Beschlussfähigkeit erfolgt durch die Ausschussvorsitzende.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Szabados stellt den Antrag auf Umstellung der Tagesordnung.

Die Informationen über die Umsetzung des Runderlasses des Kultusministeriums "Aufnahme in die Grundschule" wird zurückgezogen.

Zur Begründung erläutert Frau **Szabados**, dass derzeit noch die interdisziplinäre Abstimmung vorgenommen wird. Die Information erfolgt in der Januarsitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

Der Tagesordnungspunkt Mitteilungen wird an den Anfang gesetzt, da Frau Szabados den Ausschuss gegen 17.00 Uhr verlassen muss, um einen wichtigen Termin für die Oberbürgermeisterin wahrzunehmen.

Beschluss:

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.10. und vom 02.11.2004

Beschluss:

Die Niederschriften vom 12.10. und vom 02.11.2004 werden einstimmig genehmigt.

zu 4 Mitteilungen - Aktueller Sachstand zur Umsetzung SGB II

Wortprotokoll:

Der Stadtrat hat inzwischen der Gründung der GmbH zugestimmt.

Ein ausführlicher Vertrag für die ARGE ist in Arbeit. Die Tischvorlage „Errichtungs- und Aufgabenübertragungsvertrag für die ARGE SGBII Halle GmbH“ wird den Ausschussmitgliedern im Nichtöffentlichen Teil übergeben. Rückfragen sind an Frau Dr. Radig möglich.

Frau Szabados lobt ausdrücklich die Leistungen des Fachbereichs Soziales, da zwei große Prozesse, die Umstrukturierung zur ARGE und die laufende Antragsbearbeitung Alo Geld II, bewältigt werden müssen.

Der aktuelle Stand von Antragsrückläufen liegt bei der Stadt, per 03.12.2004 bei 3.700 Anträgen. Davon sind 3.400 bearbeitet, ca. 1.500 bewilligt.

Bei der Agentur gibt es einen ähnlich guten Stand. Dort liegt die Rücklaufquote der Anträge bei ca. 85% (ca. 20.000 Anträge). Davon wurden 17.500 bewilligt und 500 abgelehnt. Ca. 3-3,5 Tausend Bürgerinnen und Bürger haben noch keine Anträge gestellt.

In der anschließenden Diskussion wurden die folgenden Nachfragen beantwortet:

- EDV-Probleme bei Antragsbearbeitung liegen auch in Halle bei ca. 20-25% (Systemausfall etc.). Daher wird z.B. von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Abend und an den Wochenenden gearbeitet.
- Entgegen Formulierungen in der Presse sind keine Anträge verloren gegangen. Es werden noch Anträge erwartet. **Herr Schneller** erläutert, dass um Doppelanträge auszuschließen, so genannte Kundennummern vergeben werden. Dabei können ca. 10-12 Tage vergehen.
- Die Antragsannahme an den zwei Standorten der ARGE wird wie folgt vorgenommen: alle Jugendlichen bis 25 Jahre in der Schopenhauer Str., alle Andern nach PLZ, nicht mehr nach Buchstaben.
- Als Zielgruppe mit gezieltem Klärungsbedarf sind Frauen im Frauenschutzhaus erkannt.
- Widersprüche müssen an die Bescheidausgebende Stelle gerichtet werden, die Widerspruchsfrist beginnt am 01.01.2005

Im Verlauf der Diskussion wurde das Thema der 1Euro-Jobs angesprochen:

Es wird die Bitte von **Frau Haupt** geäußert, zum Ausschluss von Konkurrenzsituationen zu Vereinen (z.B. in der Silberhöhe) bei der Vergabe von 1Euro-Jobs.

Frau Szabados informiert, dass die Vergabe in der Verantwortung der Agentur liegt. Die derzeitige Bewilligungspraxis ist eine Übergangsphase, zukünftig entscheidet die Stadt mit. Wege werden dann gemeinsam gesucht. Es soll keine Gefährdung des ersten Arbeitsmarktes geben.

Die Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses regen an, diesen Entscheidungsprozess, zu begleiten.

Terminplanung für Januar 2005.

Die nächste Ausschusssitzung wird vom vorgesehenen Termin 18.01.05, mit Zustimmung der Ausschussmitglieder, auf den 11. Januar 2005 vorverlegt.

Die zukünftigen Beratungen des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses werden an Donnerstagen durchgeführt.

**zu 4.1 Regelarien für die Weiterführung des "Halle-Pass"
Berichterstatterin Frau Bürgermeisterin Szabados**

Wortprotokoll:

Prophylaktisch wurde in den Haushalt 2005 die gleiche Summe wie 2004 aufgenommen. Einen ausführlichen Vorschlag wird es in einer Beratung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses 2005 geben.

Beschluss:

Es liegt noch keine Entscheidung vor.

**zu 5 Vorstellen der Arbeit des Fachbereichs Gesundheit und
Veterinärwesen
Berichterstatter Herr Amtsarzt Dr. Wilhelms**

Wortprotokoll:

Herr Dr. Wilhelms schildert die Entwicklung des Gesundheitsamtes/ Fachbereich Gesundheit seit 1992. Dabei wird anhand von Praxisbeispielen sowohl auf die inhaltlichen Aufgaben (Fachkonzept), als auch auf die personelle Situation eingegangen. Von anfänglich 130 Stellen im Jahr 1992 sind heute 94 Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhanden.

Aktuell wird das Problem der nichtbesetzten Ressortleiter/in Stelle im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst benannt.

Die präsentierten Folien liegen dem Protokoll als Anlage bei.

**zu 6 Vorstellen der Sozialberichterstattung
- Aktueller Stand der Sozialberichterstattung
- Entwicklungsstand der integrierten Sozial-, Umwelt- und
Gesundheitsberichterstattung
Berichterstatter Sozialplaner Herr Weiske**

Wortprotokoll:

Herr Weiske stellt den Aufbau einer integrierten kommunalen Umwelt- und Sozialberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung vor.

Ein Forschungsprojekt des Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (UFZ) mit den Städten Halle und Leipzig.

Die Fortschreibung des Sozialatlases und die Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung und Umweltberichterstattung, ergänzt um eine Gesundheitsberichterstattung, die in einem weiteren BMBF geförderten Modul erarbeitet wird, ermöglicht den Aufbau eines Geschäftsbereichsübergreifenden Berichtssystems in dem Sozial-, Gesundheits- und Umweltdaten integriert dargestellt werden.

Nachhaltig ist dabei eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Es wird dabei auf alle kommunal relevanten Daten bzw. auf Entwicklungsprobleme Bezug genommen. Wie im Sozialatlas der Stadt Halle 2000 begonnen, werden die Datenbestände stadtteilbezogen dargestellt.

Dies ermöglicht horizontale Vergleiche zwischen den Stadtteilen, sowie vertikale Vergleiche einzelner Stadtteile mit der Gesamtstadt sowie den Vergleich zwischen den Städten.

Diese aufbereiteten Daten werden durch eine Stadtteilbezogene grafische Darstellung von Diensten und Einrichtungen der sozialen, kulturellen, schulischen und sportlichen Infrastruktur ergänzt.

Ziel ist ein papierloses Projekt, indem der Zugriff über das kommunale Intranet gesichert wird.

Herr Weiske gibt den Foliensatz seiner Präsentation sowie zwei weiterer Texte als Tischvorlagen an die Anwesenden aus.

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt fragt nach dem zuständigen Ansprechpartner für Haftentlassene. Sie bittet um einen festen Ansprechpartner.

Herr Schneller informiert, bei festem Wohnsitz die Agentur. Wenn kein fester Wohnsitz vorhanden ist der Fachbereich Soziales zuständig.

Frau Haupt hat über Frau Kraft das Konzept von Frau Fröhlich (Triple P – ein effizientes Programm für Eltern zur positiven Erziehung) erhalten und übergibt es Frau Chaghouri mit der Bitte, es je ein Mal an die Fraktionen weiterzuleiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
